



Haltern am See



Haltern am See

Sicherheit durch Sicherung und Therapie

Stellungnahme zum Maßregelvollzug

Am 23. Oktober 2012 informierte die Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Barbara Steffens, die Öffentlichkeit darüber, dass eine Maßregelvollzugsanstalt in Haltern am See, Lembecker Straße, errichtet werden soll. Diese Entscheidung kam für uns alle sehr überraschend. Bedenken und erste Kritik haben wir in einem ersten Fragenkatalog der Ministerin mitgeteilt. In ihrem Antwortschreiben vom 05. November reagiert die Ministerin auf unsere Fragen. Neben der Verfügbarkeit der Fläche und Größe der Fläche ist auch die Nähe zu Freizeiteinrichtungen geprüft worden. Aufgrund der Erfahrungen an anderen Standorten erwartet das Ministerium keine negativen Auswirkungen auf Freizeiteinrichtungen und Wohnbebauung.

An dieser Stelle wollen wir uns als Bürgerinnen und Bürger in Haltern am See dem Thema „Maßregelvollzug“ nähern und es verstehen lernen. Wir wollen der sachlichen Auseinandersetzung Vorfahrt gewähren und dabei der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Verantwortung für alle Menschen Rechnung tragen. Wir nehmen dabei Bezug auf die Stellungnahme des Initiativkreises „Sicherheit durch Therapie im Maßregelvollzug“ aus dem Jahr 1998, erstunterzeichnet u. a. Präses Manfred Sorg (Evang. Kirche Westfalen), Superintendent Peter Burkowski, Dr. W. Erfeld (Caritas), Landeskirchenrat Gutheil, W. Haas (DGB), Weihbischof Dr. Reinhard Marx, Prof. Dr. W. Kunstmann und Weihbischof Dr. Josef Voß. (Alle Genannten werden mit Ihrer damaligen Funktion aufgeführt).

Forensik - was ist das überhaupt? Straftäter, die auf Grund einer psychischen Erkrankung oder einer Persönlichkeitsstörung in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt sind, sind nur gemindert schuldfähig oder unter Umständen auch schuldunfähig. Gleichwohl sind sie gefährlich. Deshalb dient der Maßregelvollzug der Besserung und Sicherung. Die Allgemeinheit hat Anspruch auf Schutz vor diesen Personen.



Haltern am See



Haltern am See

Ebenso wie in anderen Städten sind viele Menschen in Haltern besorgt und niemand bejubelt die Entscheidung für Haltern am See. Im Stadtteil Lippramsdorf fühlt man sich besonders benachteiligt. Tatsächlich stellen wir fest, dass der gewählte Standort nicht ausschließlich eine Lippramsdorfer Angelegenheit ist, sondern vielmehr die Stadt insgesamt betrifft. Bedenken und auch Ängste machen sich breit. Wir hören aber auch „Irgendwo müssen die ja hin“ und „St. Florians-Prinzip, nicht bei uns“.

Das Grundgesetz ist die Grundlage unseres demokratischen Rechtsstaats. Dabei gilt es, sowohl das natürliche Schutzbedürfnis der Bevölkerung als auch die Verantwortung, einen psychisch kranken Straftäter zu therapieren, zu berücksichtigen. Dem Recht auf Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist Vorrang zu gewähren. Maßregelvollzugsanstalten sind dringend notwendig, um den straffällig gewordenen Menschen zu sichern und zu therapieren. Die Landesregierung beabsichtigt, entsprechende Einrichtungen gerecht über das Land zu verteilen. Diesem Grundsatz widersprechen wir nicht.

Erfahrungen des letzten Jahrzehnts belegen, dass die Sicherheit von Maßregelvollzugsanstalten durch Dezentralisierung und Verteilung auf mehrere Anstalten gesteigert werden konnte. Allerdings hat sich auch die Bestandszahl der in Deutschland angeordneten Unterbringungen in den letzten zwanzig Jahren vervielfacht. Experten der forensischen Medizin sind sich einig, dass die Sicherheit der Bevölkerung durch gezielte Therapien im Maßregelvollzug gesteigert worden ist und auch zukünftig gesteigert wird. Mehr Maßregelvollzugsanstalten bedeuten demnach nicht weniger, sondern mehr Sicherheit für jeden einzelnen von uns. Dafür reichen nicht ausschließlich bauliche Maßnahmen, sondern es erfordert ebenso ausreichend qualifiziertes Personal, Fort- und Weiterbildungen, um die therapeutischen Chancen zu verbessern.

Folgende Voraussetzungen sind für die Akzeptanz und die verantwortliche Gestaltung des Maßregelvollzuges unabdingbar:

- Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung durch qualifizierte Therapie
- Wahrnehmung und Behandlung der gravierenden Störungen und Erkrankungen der Straftäter



Haltern am See



Haltern am See

- Gewährleistung höchster baulicher Sicherheitsstandards
- Sicherstellung der finanziellen und personellen Ausstattung der Einrichtungen des Maßregelvollzugs
- Transparenz der fachlichen Begründungen von Standortentscheidungen für die Bevölkerung
- sachliche Information der Öffentlichkeit über den Maßregelvollzug, Therapieansätze und Therapiemethoden sowie über die Gruppe der forensischen Patienten
- Schaffung eines Planungsbeirates

Es ist Stand der Forschung, dass psychisch kranke Straftäter, die wegen schwerer Gewaltdelikte im Maßregelvollzug untergebracht sind, in ihrer Jugend nur allzu oft selbst Opfer von Gewalt und Misshandlung waren. Ihre Taten wiegen deshalb nicht weniger schwer. Aber es belegt auch, dass wir den Ursprung der Gewalt nicht außer Acht lassen dürfen. Wir dürfen die Augen vor Gewalt in Familien, Verwandtschaft, Schulen und Nachbarschaft nicht verschließen. Wir wollen nicht, dass Kinder zu Opfern werden und die Opfer von heute möglicherweise zu den Tätern von morgen.

Die Gemeinschaftsaufgabe "Maßregelvollzug" ist in Haltern am See angekommen. Eine Stadt, die mit ihren 38.000 Einwohnern die Brücke zwischen Ruhrgebiet und Münsterland bildet, braucht Transparenz, um die Entscheidung des Ministeriums zu verstehen. Wir erwarten dringend entsprechende Aufklärung. Wir wollen im fairen und sachlichen Umgang miteinander die Argumente austauschen, wägen und gewichten.

Im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung durch Schaffung von Maßregelvollzugsanstalten zur Therapie im Rahmen der forensischen Psychiatrie

- wollen wir parteipolitische Anliegen unterordnen
- sollten öffentliche Verwaltungen Kritik respektieren und die Bevölkerung glaubwürdig mit Fakten überzeugen können
- sollte in der gesellschaftlichen Diskussion auf das Geschäft mit Angst verzichtet werden und die Medien zur sachlichen Aufklärung beitragen



Haltern am See



Haltern am See

Wir suchen das Gespräch mit gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden, Institutionen ebenso wie mit den Kirchen, denen nicht nur das Leid der Opfer und ihrer Angehörigen immer wieder begegnet, sondern unter Umständen auch die Begleitung des psychisch erkrankten Straftäters obliegt. Auch die christliche Verantwortung lehrt uns, dass jedem Menschen die Würde vor Gott und die Chance auf Veränderung zusteht.

Wir erwarten nun, dass das Ministerium die Entscheidung transparent erklärt. Wir erwarten über die Bürgerversammlung am 06. November 2012 hinaus, enge Begleitung, Aufklärung aller Fakten. In diesem Prozess wollen wir zum fairen Miteinander beitragen. Wir wollen Sachlichkeit auf allen Ebenen und nach Offenlage aller Argumente unserer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zum Schutz der Menschen gerecht werden.

Die Kommunalpolitik wird nicht an der Entscheidung, welcher Standort der Richtige sei, beteiligt. Falls die Entscheidung des Ministeriums Bestand haben sollte, müssen interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sich im zu gründenden Planungsbeirat zu beteiligen. Die Sicherheit der Menschen in Haltern am See und Umgebung macht eine angemessene Präsenz der Polizei erforderlich.

für die SPD-Fraktion gez. Heinrich Wiengarten

für die Fraktion Bündnis 90/Grüne gez. Michael Zimmermann

für die SPD Haltern am See gez. Beate Pliete

für Bündnis 90/Grüne Haltern am See gez. Markus Hoffmann

Haltern am See, 08.11.2012